

25. Mai 2004  
Der Standard

## **Straßenbau erzürnt Bürger Gegen den „Straßenbauwahn“ in der Ostregion melden Umweltgruppen im Namen von Bürgerinitiativen Protest an**

Wien/St. Pölten - Erwin Mayer von der Umweltschutzorganisation Greenpeace sieht in der Ostregion - und hier vor allem in Niederösterreich - eine neue Bürgerbewegung entstehen. Immer öfter fänden Anrainer zusammen, um Einspruch gegen neue Straßenprojekte einzulegen.

„In den vergangenen Monaten sind hier an die 30 neue Bürgerinitiativen entstanden<sup>2</sup>, schilderte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Vertretern der World Wide Fund for Nature (WWF), von Global 2000 und dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ). Die Bürger protestierten gegen die Nordautobahn, gegen eine Brückenverbindung in die Slowakei bei Marchegg, gegen lokale Umfahrungen, die sich „oftmals als Teilstücke von Großprojekten“ entpuppten.

### **„Gipfelpunkt des Straßenbauwahns“**

Außerdem gegen den „Gipfelpunkt des Straßenbauwahns“: Die - aufwendige, weil unterirdisch geplante - Lobau-Autobahn, die „den Nationalpark Donauauen gefährdet“. Werde dieses Projekt umgesetzt, so werde es zu „Hainburger Zuständen“ (Aubesetzung 1984 gegen den Bau eines Donaukraftwerks) kommen, kündigte Heinz Högelsberger von Global 2000 an.

Von den Bürgerinitiativen in den ebenso transit- wie protestierproben westlichen Bundesländern würden die neuen Gruppen laut Mayer Know-how beziehen – „und auch wir unterstützen sie“ gegen eine „überkommene Steinzeitpolitik“ in Verkehrsfragen, die zuerst zum Straßen- und dann erst zum Bahnausbau schreite. Sodass laut Prognose 2010 um 21 Prozent (in Zahlen: 750.000) Pkw und 26 Prozent mehr Lkw auf den Straßen unterwegs sein würden.

### **Versiegelungsmoratorium**

Es sei denn, es komme zu einem Versiegelungsmoratorium: „Für jeden Quadratmeter neu betonierter Straße soll woanders ein Quadratmeter Beton entfernt werden“, erklärte Högelsberger diese Forderung, die in der Verkehrsabteilung Niederösterreich auf kein offenes Ohr trifft.

Dort bezeichnet Christian Popp ein „grundsätzliches Auftreten gegen mehr Verkehr“ als „kontraproduktiv“. Die entscheidende Frage sei, „ob wir am vorhergesagten Bevölkerungswachstum durch die EU-Erweiterung in der Ostregion profitieren wollen oder nicht“.

Für konkrete Forderungen von Bürgerinitiativen, so Popp, habe man jedoch ein offenes Ohr. Für „Machbares“ eben - sei es beim Tierschutz oder in Form von Lärmschutzwänden. (Irene Brickner)